



© Stadt Oldenburg (Oldb)

© Stadt Oldenburg (Oldb)

4. Berlin-Oldenburg-Express – April 2011

Dr. Christiane Ratjen-Damerau MdB

Aus dem Inhalt:

- Landesparteitag FDP-Niedersachsen
- Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter positiv
- Der Bundesfreiwilligendienst kann starten
- Islamkonferenz – Miteinander leben, voneinander lernen

Berlin, den 13. April 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

am Samstag und Sonntag, den 9. und 10. April fand der 67. **Ordentliche Landesparteitag der FDP Niedersachsen** in der Stadthalle Braunschweig statt. Es war ein guter und konstruktiver Parteitag, bei dem auf einem hohen Niveau die zwei Leitanträge zur Energiepolitik und zu den Kommunalpolitischen Leitlinien diskutiert wurden.

Der Leitantrag zur Energiepolitik, bei dessen Beratung teilweise leidenschaftliche Kontroversen entbrannten, wurde auf Antrag der JuLis im Hinblick auf die Endlagerung des radioaktiven Abfalls entscheidend geändert. Beschlossen wurde, dass in Zukunft auch andere Standorte als Gorleben für die Endlagerung erkundet werden sollen. Hier wird sich vor allem die Frage stellen, ob der designierte Ministerpräsident Baden-Württembergs, der grüne Winfried Kretschmann, bereit ist, auch in seinem Land nach möglichen Standorten für die Endlagerung suchen zu lassen. Wir, als Niedersachsen, sind das am stärksten von der Energiepolitik der Bundesregierung betroffene Land: bei uns wird bisher sämtlicher Atommüll sowohl durchgefahren als auch gelagert. Und bei uns sollen die meisten der neuen Kraftwerke für die regenerativen Energien entstehen. Dass wir daher in der niedersächsischen FDP von einer Festlegung auf den Standort Gorleben absehen, ist Ausdruck eines zeitgemäßen Paradigmenwechsels.

Der Leitantrag zu den Kommunalpolitischen Leitlinien wurde nicht weniger intensiv diskutiert. Vorgestellt wurde er vom Diepholzer Bürgermeister und Vorsitzenden der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Niedersachsen, Dr. Thomas Schulze.



Mit unseren kommunalpolitischen Leitlinien beschreiben wir ein Grundprogramm für die liberale Politik vor Ort - den liberalen niedersächsischen Weg.

Die Kommunalwahl entscheidet über unsere Verankerung vor Ort nah bei den täglichen Sorgen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Stark vor Ort“ – das ist mehr als ein Wahlkampf motto: Das ist unsere Überzeugung

und unser festes Ziel.

Zusammen mit unserer Kommunalwahlkampagne, mit der wir „**Herz und Verstand**“ ansprechen, wird uns das zum Erfolg führen.

Am Ende haben wir zwei hervorragende Leitanträge verabschiedet: Einen, der die Richtung einer Energiepolitik nach der Zeit der Atomkraft weist; und einen, der den Kreis- und Ortsverbänden das Rüstzeug für die kommende Kommunalwahl an die Hand gibt.

Traurig und freudig zugleich war unser „**Abschied**“ von unserem **Philipp Rösler**. Er hielt eine bewegende Rede und zeigte, dass er immer niedersächsisch-bodenständig bleiben wird. Wir in seinem heimischen Landesverband werden ihn bei seiner kommenden Herausforderung nach Kräften unterstützen. Wir sind stolz und freuen uns, dass er die große Aufgabe als Bundesvorsitzender annehmen will. Auch wenn er nun auf Bundesebene aktiv sein wird, so wird er doch seine politischen und fachlichen Wurzeln in Niedersachsen behalten. **Ich wünsche unserem Philipp Rösler alles Gute für die Wahl zum Bundesvorsitzenden!**



- **Äußerungen zu Beitragserhöhung sind reine Spekulation**

Die Äußerungen von Unionsfraktionsvize Singhammer (CSU) zur Beitragserhöhung der Pflegeversicherung sind reine Spekulation. Wie künftig die Finanzierung der Pflege im Ganzen aussehen wird, entscheidet sich nach Auswertung der Pflegedialoge. Es gibt in der Koalition bisher keine Gespräche zu diesem Thema.



Die Pflegedialoge gehen weiter. Nach den Gesprächen zum Fachkräftemangel, der Entlastung von Hausbetreuern und der Entbürokratisierung der Branche wird in den kommenden Wochen auf einem Gipfeltreffen das Thema Demenz diskutiert.

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Johannes Singhammer, hat in der „Welt“ angekündigt, die Pflegeversicherungsbeiträge würden im kommenden Jahr um bis zu 0,5 Prozentpunkte steigen. Dabei ist bekannt, dass der Beitrag zur Pflegeversicherung auf Basis des derzeitigen Leistungsniveaus bis Mitte 2014 ausreicht. Der darüber

hinaus gehende Finanzbedarf ist auf dem derzeitigen Stand der Entwicklungen noch nicht zu beziffern.

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, die Pflegeversicherung durch eine kapitalgedeckte Komponente zu ergänzen. Damit können die Bürger auch künftig auf eine verlässliche Teilabsicherung ihrer Pflegekosten vertrauen. Darüber hinaus gibt es noch keine konkreten Pläne zur Finanzierung der Pflegereform. Wichtig ist der FDP aber, dass die finanzielle Vorsorge vor dem Zugriff des Staates absolut sicher ist.

- **Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter positiv**



Im März hat die Arbeitslosigkeit kräftig abgenommen. Im Vergleich zum Februar haben über 100.000 mehr Menschen wieder eine Arbeitsstelle. Mit 3,2 Millionen Arbeitslosen stehen wir um rund 10 Prozent besser da als im Vorjahr. Nach dem Winter ist die Drei-Millionen-Grenze wieder fest im Blick. Wir wollen nun dafür arbeiten, dass der gute Trend auch bei allen Menschen ankommt.

Im Jahresschnitt 2010 waren 3.244.000 Arbeitslose bei der Bundesagentur für Arbeit registriert. Das bedeutet im Vergleich zu 2009 einen Rückgang von 180.000. Im Oktober 2010 sank die Arbeitslosenzahl unter drei Millionen und erreichte damit den niedrigsten Stand seit 1992.

Der wirtschaftliche Aufschwung ist eine Chance für den Arbeitsmarkt und eine echte Perspektive, gerade für Langzeitarbeitslose. Daher geht die schwarz-gelbe Koalition jetzt eine umfassende Reform der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen an. Denn nur durch bestmögliche Betreuung vor Ort stärken wir die Integrationschancen aller.



Dafür wollen wir uns auf die Maßnahmen der Weiterbildung und Vermittlung konzentrieren, die den Menschen wirklich helfen. Wir brauchen nicht viele Instrumente mit vielen Zielen, sondern einige mit einem klaren Ziel: den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus ist es die Absicht der Reform, den Arbeitsagenturen und Jobcentern vor Ort mehr Freiheiten zu geben. Deshalb ist es der FDP-Bundestagsfraktion besonders wichtig, auch die Ausbildung der Vermittler zu verbessern.

- **Der Bundesfreiwilligendienst kann starten**

In der vergangenen Sitzungswoche hat der Bundestag die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes beschlossen.

Die Liberalen haben sich von Anfang an für die Stärkung der Freiwilligendienste eingesetzt. Der qualitative wie quantitative Ausbau der Freiwilligendienste hat auf Druck der FDP Eingang in den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP gefunden und wird mit der Einrichtung des Bundesfreiwilligendienstes und dem Ausbau der Jugendfreiwilligendienste nun umgesetzt. Es ist erfreulich, dass der neue Dienst, trotz anfänglicher Kritik, offensichtlich gut angenommen wird.

kleines Express-Lexikon:

Der Bundesfreiwilligendienst ist als Ausgleich für den zivilen Wehrersatzdienst gedacht, der zusammen mit der allgemeinen Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 ausgesetzt wird. An diesem Tag startet auch der Bundesfreiwilligendienst.

Die Organisation des Dienstes wird dem Bundesamt für Zivildienst zugeordnet, das zukünftig Bundesmandat für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben heißen soll.

Der Bundesfreiwilligendienst gibt Jung wie Alt die Möglichkeit, sich gemeinnützig zu engagieren. In der Regel soll die Dienstdauer ein Jahr betragen, 35.000 Plätze hat die Bundesregierung für diesen Dienst vorgesehen. Damit setzen CDU, CSU und FDP ein klares Zeichen der Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement und ein gedeihliches Miteinander von Jung und Alt in unserer Gesellschaft.



Zusätzlich werden die bereits bestehenden Jugendfreiwilligendienste, das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr gestärkt. Hier werden die Platzzahlen auf 35.000 pro Jahr deutlich ausgebaut und die pädagogische Förderung des Bundes auf 200 Euro pro Platz angehoben. Ferner haben Teilnehmer beider Dienste, was Bezahlung, Urlaub und Fortbildungen angeht, die gleichen Ansprüche. Auch dafür hatten sich die Liberalen eingesetzt.

- **Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Euro**



Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone haben im Europäischen Rat am 24./25. März ein umfassendes Maßnahmenpaket verabschiedet. Dieses Maßnahmenpaket schafft einen Rahmen, durch den die wirtschaftspolitische Überwachung der Europäischen Union gefestigt und die dauerhafte Stabilität des Euro-Währungsgebiets gestärkt wird.

Teil dieses Maßnahmenpaktes ist die Entscheidung der 17 Mitgliedsländer der Eurozone, zum 1. Juli 2013 einen permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) einzurichten, der die Aufgaben der heutigen Europäischen Stabilisierungsfazilität (EFSF) übernimmt.

Deutschland wird sich mit einem Mix von Garantien und Kapital am ESM beteiligen, wobei der deutsche Anteil nach Aufbau des ESM bei rund 190 Mrd. Euro (rund 168 Mrd. Euro an Garantien und rund 22 Mrd. Euro Kapital) liegen wird. Diese 22 Milliarden Euro muss Deutschland nicht sofort, sondern über mehrere Jahre einzahlen.

Bei den Verhandlungen zum ESM ist es gelungen, zentrale deutsche Anliegen umzusetzen: Der Mechanismus kann nur einstimmig und nur dann aktiviert werden, wenn dies für die Stabilität des Euros als Ganzes unabdingbar ist (ultima ratio). Ausgangspunkt für alle weiteren Schritte ist eine von Europäischer Kommission, Internationalen Währungsfond und Europäischer Zentralbank durchgeführte Untersuchung der Schuldenfähigkeit des Antragstellers. Des Weiteren gilt das Prinzip: Solidarität nur gegen entsprechende Eigenanstrengungen des betrof-

fenen Landes, d. h. Unterstützung wird nur unter strengen Auflagen im Rahmen eines wirtschaftlichen Reform- und Anpassungsprogramms gewährt, das dem betroffenen Land weitreichende Reformen abverlangt. Nur dann erhält das betroffene Land Kredite, die selbstverständlich verzinst zurückzuzahlen sind.

Für mehr Stabilität und Solidität in der Eurozone wird eine Reform des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes sorgen. Die FDP konnte sich dabei mit der Forderung durchsetzen, dass die Euroländer in Zukunft einen verbindlichen Pfad hin zu einem ausgeglichenen Haushalt akzeptieren müssen. Künftig werden Sanktionen bei Regelverstößen früher und schneller verhängt und quasi automatisiert. Für die Einleitung eines Defizitverfahrens gegen einen Euro-Staat wird zusätzlich auch der Schuldenstand eines Landes eine wichtige Rolle spielen. Mitgliedsstaaten mit einer Schuldenquote von über 60% des BIP sind künftig verpflichtet, jährlich 1/20 des über dieser Grenze liegenden Teils der Quote abzubauen. Deutschland wird dies dank der Vorgabe der Schuldenbremse erfüllen können.



Die vom Europäischen Rat beschlossenen Maßnahmen sind insgesamt darauf ausgerichtet, die Eurozone auf Dauer zu stabilisieren und sie für die zukünftigen weltwirtschaftlichen Herausforderungen zu wappnen. Im Übrigen sollten wir auch im Auge behalten, dass der Euro das bislang stärkste Bekenntnis zur Idee des vereinten Europas ist – einer Idee, die nicht nur den Frieden in Europa sichert, sondern eine zentrale Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands nach der Wiedervereinigung war.

- **Islamkonferenz – Miteinander leben, voneinander lernen**



Ende März tagte die **Deutsche Islamkonferenz (DIK)** zum zweiten mal in dieser Legislaturperiode. Ziel der 2006 ins Leben gerufenen Konferenz ist es, den Dialog zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Muslimen zu fördern, Unterschiede zu bewältigen und Gemeinsamkeiten zu stärken.

Schon vor der Konferenz wurde in der Bundesrepublik über die Rolle des Islams in der deutschen Gesellschaft diskutiert. Innenminister Friedrich führte bei seiner Amtseinführung aus, dass der Islam zwar ein Teil der deutschen Gemeinschaft sei, Deutschlands Kultur jedoch christlich-abendländisch geprägt sei. Ferner strebe Friedrich eine Sicherheitspartnerschaft mit den muslimischen Verbänden an, um frühzeitig auf geplante terroristische Anschläge gegen Deutschland reagieren zu können.

Die FDP beurteilt die Aussage des Innenministers Friedrich differenziert. Wir sehen den Islam als einen Teil der deutschen Gesellschaft und stellen uns der Herausforderung, die ein Zusammenleben mit verschiedensten Kulturen und Religionen erfordert. In Deutschland leben mittlerweile fast vier Millionen Muslime. Es ist wichtig Maßnahmen zu treffen, die den Dialog vorantreiben und beiderseitige Toleranz schaffen. Nur so kann



eine multireligiöse Gemeinschaft entstehen. In der mittlerweile dritten Generation gehört der Islam zur deutschen Gesellschaft und sollte als Religionsgemeinschaft Anerkennung finden. Ihn aus der Gemeinschaft auszuschließen, verhindert auf lange Sicht ein friedliches und verständnisvolles Miteinander.

kleines Express-Lexikon:

Die **Deutsche Islamkonferenz** ist ein langfristig angelegter Dialog zwischen dem deutschen Staat und in Deutschland lebenden Muslimen. Initiiert wurde die Deutsche Islamkonferenz vom früheren deutschen Innenminister Wolfgang Schäuble. Ziel der Konferenz ist es, „eine bessere religions- und gesellschaftspolitische Integration der muslimischen Bevölkerung und ein gutes Miteinander aller Menschen in Deutschland, gleich welchen Glaubens“ zu erreichen.

Es geht dem Innenministerium bei der Konferenz nicht um das Verhältnis zwischen Islam und Christentum, sondern um das Verhältnis zwischen Staat und Religion. Der Initiator Wolfgang Schäuble formulierte die Ziele folgendermaßen: „Der Dialog in der Islamkonferenz dient dazu, dass Muslime verstehen, dass sie in unserem Land willkommen sind.“ Dies sei „der einzige Weg, um eine Radikalisierung von Muslimen zu verhindern.“

- **Veranstaltung „Integration und Migration“ in Oldenburg am 17. Mai**

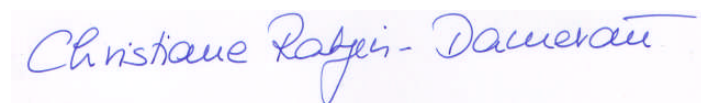
Ich möchte Sie zum Schluss noch auf eine spannende Veranstaltung in Oldenburg hinweisen: **Am 17. Mai 2011 um 18.30 Uhr** wird auf meine Initiative hin der Integrationspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, **Serkan Tören**, zusammen mit mir im Yezidischen Forum (Eidechsenstr. 19) über „**Integration und Migration**“ in Oldenburg diskutieren. Weitere Teilnehmer der Podiumsdiskussion sind **Theo Lampe** von der Migrations- und Integrationsberatung in Oldenburg und Delmenhorst der Diakonie, der Politologe **Prof. Dr. Ernst Kuper** und die ehemalige Richterin am Oberlandesgericht in Oldenburg, **Dagmar Weber**.

Integration und Migration sind Themen, die über die aktuelle Diskussion hinaus unsere Lebenswirklichkeit betreffen. Angesichts der 9600 Menschen mit Migrationshintergrund und ca. 3000 Muslimen in Oldenburg, brauchen wir ein Konzept, dass Menschen bei der notwendigen Integration unterstützt. Bei der Veranstaltung wollen wir diskutieren, wie wir Miteinander leben und voneinander lernen können.

Ich freue mich auf Ihr Kommen!

Mit liberalen Grüßen

Ihre/Eure



P. S. Weitere Informationen finden Sie unter: www.ratjen-damerau.de.